



Freistaat Preußen

Administrative Regierung und
Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs / Deutschland
in der Funktion des persistent objector
- ius cogens -

Innere Angelegenheiten
Ada Cornelia a.d.F. R e i c h h e l m
www.freistaat-preussen.world

An

- Land Sachsen-Anhalt /Regierungschef Reiner Haseloff, per Fax: 0391 567 6565
- Land Thüringen /Regierungschef Bodo Ramelow, per Fax: 0361 37 92107
- Land Sachsen /Regierungschef Michael Kretschmer, per Fax: 0351 564 1025
- das Landeskriminalamt Thüringen, Staatsschutz, per Fax: 0361 341 1450
- die Staatsanwaltschaft Mühlhausen, per Fax: 0361 458 800
- das Amtsgericht Mühlhausen, per Fax: 03601 4994

Protest gegen den bewaffneten Terrorakt am 28. Mai 2018 auf preußischem Staatshoheitsgebiet und Unterlassungsanordnung- Nr. 29052018

Werte Damen und Herren,

Ihnen ist bekannt, daß die Nachkriegsordnung seit dem 27. April 2018 zu Ende ist, nachdem dies von Frau Bundeskanzlerin Merkel bei der internationalen Pressekonferenz am 27. April 2018 im Beisein des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn Donald Trump öffentlich verkündet wurde.

Damit ist auch die Staatssimulation Bundesrepublik Deutschland, als Nachkriegsordnung zu Ende und der letzte völkerrechtskonforme Verfassungs-, Rechts- und Gebietsstand ist gemäß Restitutionspflicht § 185 Völkerrecht im Status quo ante (bellum) in Deutschland wieder herzustellen.

Für den Freistaat Preußen, als größter Glied-/Bundesstaat im Staatenbund Deutsches Reich gilt die Verfassung vom 30. November 1920, der Rechtsstand 18. Juli 1932, zwei Tage vor der gewaltsamen, völkerrechtswidrigen, feindlichen Einverleibung Preußens in die Weimarer Republik/Drittes Reich (Preußenschlag). Außerdem sind die Gesetze und die Verfassung seit 1871 im Rechtsstand vom 30. Juli 1914, zwei Tage vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs gültig.

Mit dem Ende der Nachkriegsordnung ist das Urteil des Staatsgerichtshofs vom 25. Oktober 1932 (RGZ 138, Anhang S. 1bis 43) mit der Entscheidung:

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen ist mit der Reichsverfassung vereinbar, soweit sie den Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt und ihn ermächtigt, preußischen Ministern vorübergehend Amtsbefugnisse zu entziehen und diese Befugnisse selbst zu

übernehmen oder anderen Personen als Kommissaren des Reichs zu übertragen. Diese Ermächtigung durfte sich aber nicht darauf erstrecken, dem preußischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern die Vertretung des Landes Preußen im Reichstag, im Reichsrat oder gegenüber anderen Ländern zu entziehen.

umzusetzen und dieses völkerrechtswidrige Verhalten unverzüglich zu heilen.

Einem Pressebericht des MDR THÜRINGEN vom 28. Mai 2018 zu Folge, wurde eine Durchsuchung eines Wohnhauses im Land Kreis Mansfeld- Südharz durchgeführt. Im Einsatz waren bewaffnete „Spezialisten“ aus Thüringen und Sachsen. Ermittelt wurde lt. Landeskriminalamt wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Waffengesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz. (lt. Pressebericht / Anlage)

Wie Sie wissen, sind das Waffengesetz mit Ausfertigungsdatum vom 11.10.2002 und das Kriegswaffenkontrollgesetz vom 20.04.1961 verabschiedete Gesetze der BRD- Nachkriegsordnung und entwickeln daher seit dem 27. April 2018, mit dem Ende der Nachkriegsordnung, keine Rechtskraft mehr auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen. Es fehlte schon daher jegliche Rechtsgrundlage für diesen Einsatz der BRD POLIZEI am 28.05.2018.

Da lt. Pressebericht auf Veranlassung hin, bewaffnete „Spezialisten“ aus Thüringen und Sachsen auf unser Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen, Provinz Sachsen völkerrechtswidrig eingedrungen sind, sehen wir uns veranlaßt, gegen dieses kriegerische, gewaltsame Eindringen durch Ihre Institutionen, ohne staatshoheitliche Legitimation zu besitzen, zu protestieren.

Wir fordern sofortige Stellungnahme zu diesem völkerrechtswidrigen Gewaltakt:

1. Worin bestand der begründete Verdacht einer Straftat für den bewaffneten Einsatz am 28.05.2018?
2. Welches Ergebnis wurde durch diese völkerrechtswidrige Durchsuchung auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen durch Einsatzkräfte aus Sachsen und Thüringen, im Wohnhaus, im Landkreis Mansfeld-Südharz in der Provinz Sachsen/ Freistaat Preußen, erzielt?

Wir erwarten unverzüglich die Zusendung des zutreffenden Beweismaterials bzw. zeitnah die Zusendung der Ergebnisberichte an eine amtliche Stelle des Freistaats Preußens.

Auf dem Gebiet des Staates Freistaat Preußen besitzt die BRD seit 27.04.2018 keinerlei hoheitliche Rechte mehr, auch keine Verwaltungshoheitlichen Rechte!

Offenkundig ist bekannt, daß die BRD Rechtsnachfolger des Dritten Reichs ist. Daher gelten die Befugnisse der BRD-Bediensteten / -Beamten einschließlich der erworbenen Gewohnheitsrechte für EstA-Deutsche (freiwillig registrierte Deutsche im Register „ Entscheidungen in **Staatsangehörigkeits-Angelegenheiten**“ des Bundesverwaltungsamtes) seit dem 27.04.2018 nur noch innerhalb der Gebietsgrenzen von Neuschwabenland!

Anordnung:

Wir ordnen an, künftig derartige bewaffnete Gewaltakte auf unserem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen zu unterlassen!

Sollten sich durch Ihre Ermittlungen begründete Anfangsverdachte zur Störung der Ordnung und Sicherheit auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen bestätigen, sind diese uns vorab voll umfänglich nachzuweisen und ggf. nur auf unsere Anordnung hin, im Rahmen der Amtshilfepflicht (während der Zeit der Reorganisation) sind Sie befugt, derartige Einsätze auf unserem Staatshoheitsgebiet durchzuführen.

Anlage: Internet-Auszug; Pressebericht des MDR vom 28. Mai 2018

Gegeben zu Potsdam, am 29. Mai 2018



*Ada Amelia
a.d.F.
Reichshelm*

vorlesen
SondershausenX
Vorlesen

Durchsuchungen bei mutmaßlichem Reichsbürger

Der Staatsschutz des Landeskriminalamtes Thüringen hat die so genannte Reichsbürgerszene in Thüringen erneut im Visier.



Beim Einsatz waren Spezialisten aus Thüringen und Sachsen im Einsatz.

Bildrechte: Martin Wichmann/Wichmann TV

Wie die Behörde mitteilte, wurden am Montag ein Wohnhaus und eine Firma eines 48-jährigen aus dem Raum Sondershausen durchsucht. Der Mann soll der Reichsbürgerszene angehören. Auch ein Wohnhaus des Mannes im Landkreis Mansfeld-Südharz im benachbarten Sachsen-Anhalt war Ziel der Ermittler.

Laut Landeskriminalamt ermittelt die Staatsanwaltschaft Mühlhausen gegen den Mann wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Waffengesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz. Den Angaben nach wurde nach Schusswaffen und Dokumenten sowie Speichermedien gesucht. Beim Einsatz waren Spezialisten aus Thüringen und Sachsen im Einsatz.



Bildrechte: imago/Christian Ohde

Thema

Reichsbürger in Thüringen - eine ernste Gefahr?

Reichsbürger erkennen die Bundesrepublik Deutschland nicht an und glauben, das Deutsche Reich bestehe bis heute fort. In Thüringen werden sie mehr und mehr als Gefahr wahrgenommen. Hier finden Sie alles zum Thema.

Quelle: MDR THÜRINGEN

Dieses Thema im Programm:

MDR THÜRINGEN - Das Radio | Nachrichten | 28. Mai 2018 | 12:00 Uhr


Zuletzt aktualisiert: 28. Mai 2018, 16:42 Uhr

Name : Freistaat Preußen / Auswärtiges Amt

Fax :

Empf.-Nr. 702
 Empfangsdatum und -zeit 29.05.2018 13:19
 Starten /Fertigst. 29.05.2018 13:19 /29.05.2018 13:35
 Ergeb. OK

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.	Handwritten
702	29.05	13:19	Send	0074956060766	02:40	006/006	OK	RU
702	29.05	13:23	Send	0302299397	02:16	006/006	OK	RU
702	29.05	13:26	Send	03083051050	02:28	006/006	OK	US
702	29.05	13:30	Send	03020457571	02:14	006/006	OK	GB
702	29.05	13:33	Send	030590039067	02:07	006/006	OK	FR



Freistaat Preußen
Administrative Region im
 Rechtskreis des Rechts der Deutschen Einheit / Deutschland
 in der Funktion des permanenten Observator
 - Konsort

Freistaat Preußen/Auswärtiges Amt
 Erhöhenstr. 19 C
 D-13081 Berlin-Neukölln
 Hans Frank Center e.V. / Eu r d e k
www.freistaat-preussen.de

Diplomatische Korrespondenz
 29-05/18/P
 Protest und Unterlassungsbefehle: Nr. 29052018

Sie, deutscher Präsident der Russischen Föderation, Seine Excellenz Herr Putin, sehr geehrter Botschafter der Russischen Föderation, Seine Excellenz Herr Mochalov, sehr geehrter Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Seine Excellenz Herr Trump, sehr geehrter Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Seine Excellenz Herr Green, sehr geehrte Prominenten sowie die Vorsitzende der Völkervereinigung der Welt, Frau von Brandenburg, Frau von Brandenburg, sehr geehrte Botschafterin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, Seine Excellenz Frau Wood, sehr geehrte Botschafterin der Französischen Republik, Seine Excellenz Herr Mourat, sehr geehrte Botschafterin der Französischen Republik, Ihre Excellenz Frau Desobry,

Wir, der bestellte Vertreter der administrativen Regierung des Staates Freistaat Preußen für das Auswärtige Amt und zugleich für das Konsulat für Auswärtige Angelegenheiten vom Deutschen Reich / Deutschland, verkünden Ihnen, Präsidenten und dem Botschafter der Russischen Föderation, dem Präsidenten und dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, dem Premierminister und dem Botschafter des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland sowie dem Präsidenten und dem Botschafter der Französischen Republik, im Namen des Regierungsvorgängers des sich in Freistaat Preußen befindlichen Staates Freistaat Preußen unsere besten Empfehlungen.

Sie haben die Aufgabe, Ihren Kandidaten mit der Anfrage über Protest gegen den bevorstehenden Termin am 28. Mai 2018 auf großräumigen Sammelveranstaltungen und Unterlassungsbefehle für Konsultationen und Beschäftigung zu übermitteln.

Wir wünschen und fordern für alle Völker dieser Erde auf dem Fundament der Wahrheit

Diplomatische Korrespondenz, 28.05.18, 19, vom 28. Mai 2018 Seite 1 von 2

Fax, Letzte Übertragung PAGE . 001/001
29.05.2018 14:28

Name : Freistaat Preußen / Auswärtiges Amt

Fax :

Empf.-Nr. 704
Empfangsdatum und -zeit 29.05.2018 14:04
Starten /Fertigst. 29.05.2018 14:04 /29.05.2018 14:28
Ergeb. Fehl.

Ein Komm.-Fehler ist während der Faxtransaktion aufgetreten.
Beim Senden dem Vorgang wiederholen und/oder anrufen, ob
Empfangsfaxgerät zum Faxempfang bereit ist.

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
704	29.05	14:04	Send	03915676565	01:59	006/006	OK
704	29.05	14:07	Send	03613792107	02:23	006/006	OK
704	29.05	14:10	Send	03515641025	03:48	006/006	OK
704	29.05	14:15	Send	03613411450	02:30	006/006	OK
704	29.05	14:22	Send	0361458800	00:00	000/006	Besetzt
704	29.05	14:27	Send	036014994	00:00	000/006	Besetzt



Freistaat Preußen
Administrative Abteilung
wachenhäuser der Provinz an der Friedrich-Wilhelm-Universität
in der Funktion des Präsidenten abductor
von Legation

Telefon: 0391 567 6565
0391 37 92 107
0391 564 1025
0391 341 1450
0391 458 800
0391 499 4

An:
Land Sachsen-Anhalt / Regierungsrat Rainer Heuckert per Fax: 0391 567 6565
Land Thüringen / Regierungsrat Rüdiger Kretschmer per Fax: 0391 37 92 107
Land Sachsen / Regierungsrat Friedrich Kratzschew per Fax: 0391 564 1025
Land Brandenburg / Regierungsrat Steffen Bode per Fax: 0391 341 1450
Staatskanzlei / Ministerpräsident per Fax: 0391 458 800
Angehörige / Mitarbeiter per Fax: 0391 499 4

Siehe auch die Daten und Namen.

Die der Anlage erhalten Sie dem Protokoll gemäß der Beschlüsse vom 28. Mai 2018 zur
sichereren Teilnehmbarkeit und Unterbrechungsfreiheit der Kommunikation und
Sicherheit.

Anlagen:
• Vertrag gegen den bewaffneten Terrorismus vom 29. Mai 2018 auf grundlegendem
Staatsabfertigung und Übertragung vom 29. Mai 2018
• Übertragungsstellen - rechtliche Zusammenfassung

Gegeben zu - Dr. Rüdiger Heuckert
am 29. Mai 2018

Mit freundlichen Grüßen



 Hans-Jürgen Gellert
a. d. F. Gellert

Fax, Letzte Übertragung PAGE . 001/001
29.05.2018 14:46


Name : Freistaat Preußen / Auswärtiges Amt

Fax :

Empf.-Nr. 706
Empfangsdatum und -zeit 29.05.2018 14:38
Starten /Fertigst. 29.05.2018 14:38 /29.05.2018 14:46
Ergeb. Fehl.

Ein Komm.-Fehler ist während der Faxtransaktion aufgetreten.
Beim Senden den Vorgang wiederholen und/oder anrufen, ob
Empfangsfaxgerät zum Faxempfang bereit ist.

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
706	29.05	14:39	Send	03601458800	02:17	006/006	OK
706	29.05	14:46	Send	03601499444	00:00	000/006	Besetzt



Freistaat Preußen
Additionale Regierung
Nachnahme des Textes des Deutschen Reichs / (Deutschland)
in der Funktion des gesendeten Objekts
- für Sie -

Postfach: Freistaat/Auswärtiges Amt
E-Post: 191
D 15740 Fachsenfeld
www.fsa.de
www.fsa.de

A1

1. Amt: Nationalrat / Regierungsrat Deutscher Freistaat
2. Amt: Thüringen / Regierungsrat Deutscher Freistaat
3. Amt: Sachsen / Regierungsrat Deutscher Freistaat
4. Amt: Brandenburg / Regierungsrat Deutscher Freistaat
5. Amt: Sachsen-Anhalt / Regierungsrat Deutscher Freistaat
6. Amt: Mecklenburg-Vorpommern / Regierungsrat Deutscher Freistaat
7. Amt: Schleswig-Holstein / Regierungsrat Deutscher Freistaat
8. Amt: Hamburg / Regierungsrat Deutscher Freistaat
9. Amt: Berlin / Regierungsrat Deutscher Freistaat
10. Amt: Bremen / Regierungsrat Deutscher Freistaat
11. Amt: Niedersachsen / Regierungsrat Deutscher Freistaat
12. Amt: Nordrhein-Westfalen / Regierungsrat Deutscher Freistaat
13. Amt: Hessen / Regierungsrat Deutscher Freistaat
14. Amt: Rheinland-Pfalz / Regierungsrat Deutscher Freistaat
15. Amt: Saarland / Regierungsrat Deutscher Freistaat
16. Amt: Bayern / Regierungsrat Deutscher Freistaat
17. Amt: Baden-Württemberg / Regierungsrat Deutscher Freistaat
18. Amt: Thüringen / Regierungsrat Deutscher Freistaat
19. Amt: Sachsen / Regierungsrat Deutscher Freistaat
20. Amt: Brandenburg / Regierungsrat Deutscher Freistaat
21. Amt: Sachsen-Anhalt / Regierungsrat Deutscher Freistaat
22. Amt: Mecklenburg-Vorpommern / Regierungsrat Deutscher Freistaat
23. Amt: Schleswig-Holstein / Regierungsrat Deutscher Freistaat
24. Amt: Hamburg / Regierungsrat Deutscher Freistaat
25. Amt: Berlin / Regierungsrat Deutscher Freistaat
26. Amt: Bremen / Regierungsrat Deutscher Freistaat
27. Amt: Niedersachsen / Regierungsrat Deutscher Freistaat
28. Amt: Nordrhein-Westfalen / Regierungsrat Deutscher Freistaat
29. Amt: Hessen / Regierungsrat Deutscher Freistaat
30. Amt: Rheinland-Pfalz / Regierungsrat Deutscher Freistaat
31. Amt: Saarland / Regierungsrat Deutscher Freistaat
32. Amt: Bayern / Regierungsrat Deutscher Freistaat
33. Amt: Baden-Württemberg / Regierungsrat Deutscher Freistaat

frei gefällige Namen sind möglich.

mit dem Inhalt erhalten sie den Protokoll gegen den beschriebenen Text am 29. Mai 2018 auf
preußischen Staatsbehörden und wird unter Aufsicht der Regierung zur Kommunikation und
weitergegeben.

Anlagen:

- Protokoll gegen den beschriebenen Text am 29. Mai 2018 auf preußischen
Staatsbehörden und unter Aufsicht der Regierung Nr. 2901/2018, vom 29. Mai 2018
- Übertragungsprotokoll - rechtliche Zustimmungen

Siegen im Herten Orches
am 29. Mai 2018

Mit freundlichen Grüßen




Klausur
a.d. F. 2018

Name : Freistaat Preußen / Auswärtiges Amt

Fax :

Empf.-Nr. 708
 Empfangsdatum und -zeit 29.05.2018 15:59
 Starten /Fertigst. 29.05.2018 15:59 /29.05.2018 16:02
 Ergeb. OK

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
708	29.05	16:00	Send	036014994444	02:18	006/006	OK



Freistaat Preußen
Administrative Angliederung
 Bundesrepublik des Freistaats von Preußen Reich / Deutschland
 in der Funktion des permanenten Observen
 in Bonn

Preussische Außenministerium
 Chancenzimmer 17.17
 53117 Bonn Fürststr. 20
 Telefax: 0228 499 257 Fax: 0228 499 257
 Telefax: 0228 564 2025 per Fax: 0228 564 1890
 Telefax: 0228 499 200 per Fax: 0228 499 1914

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit der heutigen Schlichtung ist der Streit gegen den bewilligten Termin am 28. Mai 2018 auf rechtliche Streitigkeiten über die Übertragung der Verantwortung für die Umsetzung der Vereinbarung übergegangen.

Als Gegenstand des Streitgegenstandes sind die Streitigkeiten über die Übertragung der Verantwortung für die Umsetzung der Vereinbarung zu verstehen.

Mit freundlichen Grüßen



 Hans-Joachim Lauth
 1. stellvertretender Ministerpräsident